

Abgeordnete fragen

Kreis Moers unter dem Bundesdurchschnitt

Der Kreis Moers hat zweimal vergeblich beim Wirtschaftsministerium die Aufnahme in den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beantragt. Nach Ansicht maßgeblicher Fachleute bleibt der Kreis Moers „erheblich“ unter dem Bundesdurchschnitt des Bruttoinlandsprodukts. Der SPD-Abgeordnete Rudolf Erberich erkundigt sich bei der Landesregierung, welche Kriterien für die Aufnahme eines Wirtschaftsgebietes in den Rahmenplan ausschlaggebend sind und welche Bedeutung dabei das Bruttoinlandsprodukt hat (Drs. 7/3627).

Junge Aussiedler in Förderschulinternaten

Viele junge Aussiedler sind wegen ihrer schlechten Kenntnisse der deutschen Sprache auf besondere Förderschulen angewiesen. „Wie viele jugendliche Aussiedler in Nordrhein-Westfalen befinden sich augenblicklich in Förderschulinternaten, aufgeteilt nach Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien“, wollen in diesem Zusammenhang die CDU-Abgeordneten Scholz, Edith Langner, Mader und Dr. Klose wissen. Außerdem fragen sie die Landesregierung, wie sie die oft erhobene Forderung beurteile, die Eltern sollten von den Internatskosten freigestellt werden (Drs. 7/3632).

Sozialpädagogen: Bessere Besoldung

Wissenschaftsminister Rau soll den Sozialarbeitern und Sozialpädagogen an Fachhochschulen eine bessere Besoldung im Rahmen des Neunten Landesbesoldungsänderungsgesetzes zugesagt haben. Der CDU-Abgeordnete Dr. Ottmar Pohl, der insgesamt vier Fragen an die Landesregierung richtet, will unter anderem wissen, ob diese Absichtserklärung den Tatsachen entspreche und ob sich der Wissenschaftsminister im Kabinett wegen der Neuordnung nicht habe durchsetzen können (Drs. 7/3626).



Umweltbelastungen — ein Problem der heutigen Zeit: Werden Forschungsaufträge zu wenig koordiniert?
Foto: Tüßelmann

Zu viele Forschungsprojekte?

Wird bei der Umweltforschung Geld verpulvert? Die von der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft herausgegebene Dokumentation „Wer macht was, wie und wo?“ gibt Aufschluß: Denn „es läuft mindestens eine dreistellige Zahl unterschiedlicher, aber auch mehr oder weniger verwandter Forschungsprojekte, im Rahmen derer sich zahlreiche Einrichtungen mit den Auswirkungen von Umweltbelastungen auf den Menschen befassen“. Die Abgeordneten Professor Dr. Lauber (SPD) und Dr. Schwamkrug (CDU) fragen deshalb die Landesregierung, was unternommen wird, um „im Interesse optimaler Ergebnisse sowie einer Kostenersparnis“ öffentlich geförderte Forschungsaufträge zu koordinieren. Besonders interessieren sie sich für die Abstimmung auf internationaler Ebene bei der Vergabe von wissenschaftlichen Projekten, so unter anderem im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften. Als Ziel sehen es die beiden Parlamentarier an, „unnötige Doppelarbeit“ zu vermeiden und den Informationsaustausch zu gewährleisten (Drs. 7/3603).

„Skandalöse“ Betreuung

Als „skandalös“ hat der Landesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die Situation der von der Otto-Benecke-Stiftung betreuten jungen Aussiedler bezeichnet. Die mangelhafte Unterbringung und soziale Betreuung hätte Alkoholiker, psychische Ruinen und Asoziale zur Folge. Vorbereitungskurse auf den Hochschulunterricht fänden vor habileeren Klassen statt, viele Absolventen versagten auf der Universität. Der Abgeordnete Alfred Gaertner (SPD) fordert die Landesregierung zu einer Stellungnahme zu diesen schweren Vorwürfen auf. Weiterhin soll die Regierung erklären, ob sie bereit sei, „im Wege von Aufsichtsmaßnahmen auf eine Änderung dieser Zustände“ hinzuwirken und die Betreuung der jungen Aussiedler zu verbessern (Drs. 7/3615).

Fluglärm: Protest

Sind drei Grundschulen in Meerbusch-Büderich von Fluglärm so belästigt, daß ernstliche Gefahren für die Gesundheit von Schülern und Lehrern zu befürchten sind? Presseberichten zufolge hat eine Schulpflegschaft bereits Protest eingelegt. Ob die Landesregierung die auftretende Lärmgefährdung für zumutbar halte, will der CDU-Abgeordnete Dr. Hans Ulrich Klose von der Landesregierung wissen, und warum der von Meerbusch beantragte Zuschuß für Lärmschutzeinrichtungen abgelehnt worden sei. Weiter heißt es in der Anfrage: „Ist die Landesregierung bereit, ihren ablehnenden Standpunkt dahingehend zu überprüfen, daß sie der Stadt Meerbusch als Schulträger doch noch einen Zuschuß zu den geplanten Lärmschutzmaßnahmen gewährt?“ (Drs. 7/3623).

Stadt Werne droht Verlust von 2100 Arbeitsplätzen

Vom Zechensterben bedroht ist die Stadt Werne: Sie wird nach der geplanten Schließung der Schachtanlage und der Stilllegung einer Textilfabrik mehr als 2100 (und damit die Hälfte aller industriellen) Arbeitsplätze verlieren. Da Werne die Krisenfolgen nach Ansicht mehrerer CDU-Abgeordneter nicht allein bewältigen kann, müsse das Land strukturelle Hilfen geben. „Er-

arbeitet die Landesregierung für die Gemeinden, die durch Zechenstilllegungen betroffen sind, ein Strukturprogramm“, fragen die Parlamentarier, „und wie wird die Stadt Werne in diesem Programm berücksichtigt?“ Weiterhin erkundigen sie sich nach der Bereitschaft der Landesregierung, im Raum Werne „Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft einzuleiten, zumal die

Eigenkräfte zur Selbsthilfe dort nicht ausreichen“, sowie die Stadt bei öffentlichen Investitionsvorhaben zu bevorzugen. Außerdem: „Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, die Stadt Werne als Förderschwerpunkt bei der Festlegung von Schwerpunkten für die Tätigkeit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen anzuerkennen?“ (Drs. 7/3633).